

Einladung

Rechtsstaatlichkeit in Europa sichern

Zur Bedeutung einer unabhängigen Justiz

Donnerstag, 25. Juni 2020 | 10:00 – 13:15 Uhr

Konferenzsprachen: Deutsch, Polnisch, Englisch (mit Simultanverdolmetschung)

Online-Konferenz

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich in den EU-Verträgen zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bekannt. Doch vielerorts erstarken autoritäre politische Strömungen, die rechtsstaatliche Institutionen und Verfahren aushebeln wollen und die Gewaltenteilung sowie die Bindung aller Staatsgewalt an die Grund- und Menschenrechte in Zweifel ziehen. Dabei wird gerade auch die Unabhängigkeit der Justiz angegriffen.

Warum ist die Unabhängigkeit der Justiz von zentraler Bedeutung? Wer schützt sie? Welche Rolle spielen die europäischen Gerichte? Welche Auswirkungen hat die EZB-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auf das Zusammenwirken der Gerichte in Europa? Wie können Rechtsstaatlichkeit und die Beachtung der Menschenrechte in Europa angesichts aktueller Herausforderungen gesichert und ausgebaut werden? Wie sollten die europäischen Institutionen in den kommenden Monaten agieren und welche Rolle sollte Deutschland im Rahmen der im Juli beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft übernehmen?

Informationen

Ute Sonnenberg
Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin
Tel.: 030 259 359-453
sonnenberg@institut-fuer-
menschenrechte.de

Anmeldung

Bitte nutzen Sie unser
Anmeldeformular:
[www.institut-fuer-
menschenrechte.de/rechtsstaat](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/rechtsstaat)

Programm

10.00 Uhr **Eröffnung der Veranstaltung**

Michael Windfuhr, Stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Dr. habil. Maciej Taborowski, Stellvertretender Ombudsmann der Republik Polen für Bürger- und Menschenrechte

Aktuelle Herausforderungen für den Rechtsstaat

10:10 Uhr Input

Andreas Bovenschulte, Bürgermeister von Bremen (Partnerstadt von Danzig / Gdańsk)

Aleksandra Maria Dulciewicz, Stadtpräsidentin Gdańsk / Danzig (Partnerstadt von Bremen)

Kein Rechtsstaat ohne unabhängige Justiz

10:25 Uhr Key Notes: Zur Bedeutung der Unabhängigkeit der Justiz

Prof. Dr. habil. Małgorzata Gersdorf, ehemalige Präsidentin des polnischen Obersten Gerichts

Dr. Ulrich Maidowski, Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichts

10:45 Uhr Debatte: Der Angriff auf die Unabhängigkeit der Richter_innen in Polen

Prof. Dr. habil. Włodzimierz Wróbel, Richter des polnischen Obersten Gerichts

Prof. Dr. Angelika Nußberger, Mitglied der Venedig-Kommission, ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte; Richterin am Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina

Moderation: Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Anwältin des Publikums: Dr. Grażyna Baranowska, Menschenrechtszentrum Poznań

11:40 Uhr Pause

Rechtsstaatlichkeit in Europa sichern

11:50 Uhr **Key Note: Wie kann die EU die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz in ihren Mitgliedstaaten sichern?**

Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz

12:00 Uhr **Debatte: Wie kann Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in Europa beitragen?**

Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz

Axel Dittmann, Beauftragter für Grundsatzfragen, Brexit, EU-Koordinierung, EU-Personalpolitik, Europäisches Parlament im Auswärtigen Amt

Prof. Dr. habil. Adam Bodnar, Ombudsmann der Republik Polen für Bürger- und Menschenrechte

Prof. Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Dr. Magdalena Adamowicz, Mitglied des Europaparlaments

Moderation: Maximilian Steinbeis, Journalist und Herausgeber des Verfassungsblogs

Anwältin des Publikums: Dr. Grażyna Baranowska, Menschenrechtszentrum Poznań

13:15Uhr **Ende der Veranstaltung**

Livestream

Die Konferenz wird in deutscher, polnischer und englischer Sprache per Livestream übertragen unter www.institut-fuer-menschenrechte.de/livestream.

Sie können sich mit Ihren Fragen direkt beteiligen.

Die Veranstaltung wird unterstützt von



**Poznań Human
Rights Centre**

Institute of Law Studies of the
Polish Academy of Sciences